

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Ersatzwahl in den Kantonsrat

Der Regierungsrat hat Heinz Brütsch, Büttenhardt, als Mitglied des Kantonsrates für den Rest der Amtsperiode 2009-2012 ab 1. April 2010 als gewählt erklärt. Heinz Brütsch ersetzt den zurückgetretenen Kantonsrat Christian Amsler.

Änderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes tritt am 1. März 2010 in Kraft

Die Änderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes tritt auf den 1. März 2010 in Kraft. Die Referendumsfrist ist unbenutzt abgelaufen. Die neuen Bestimmungen sollen zu neuen Arbeitsplätzen und mehr Steuersubstrat führen. Die Wirtschaftsförderung wird verstärkt, um neue Weltmärkte wie Russland, China und Indien zu erschliessen. Gleichzeitig wird der bisherige Verpflichtungskredit von 20 Mio. Franken zu Gunsten der ansässigen Industrie, von KMU sowie neu angesiedelten Firmen für weitere zehn Jahre erneuert.

Bereinigung der Motionen- und Postulatesammlung 2010

Der Regierungsrat verabschiedet Bericht und Antrag betreffend die Bereinigung der Motionen- und Postulatesammlung zuhanden des Kantonsrates. Mit diesem Bericht legt die Regierung Rechenschaft über den Stand der vom Kantonsrat erheblich erklärten Motionen und Postulate ab.

Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung einer erledigten Volksmotion (Volksmotion der Jungen FDP betreffend Erlass von gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung des E-Voting) sowie von drei erledigten Postulaten (Postulat Walter Vogelsanger betreffend Machbarkeitsstudie Geothermie, Postulat Daniel Fischer betreffend Deponierung von Armeewaffen im Zeughaus ermöglichen und Postulat Christian Heydecker betreffend "Tafel weg" - weniger Verkehrssignale entlang der Kantonsstrassen). Für die Motionen von Jeanette Storrer betreffend Rahmengesetz mit Anschub- bzw. Impulsfinanzierung für familienergänzende Kinderbetreuungsangebote, von Charles Gysel betreffend Änderung Elektrizitätsgesetz und von Martin Egger betreffend Integration ist keine Einbahnstrasse sowie die Postulate von Ruth Peyer betreffend Konzept Tagesschulen, von Markus Müller betreffend Klettgau: neue 110 kV-Versorgungsleitung in den Boden und von Christian Amsler betreffend verstärkte Anstrengungen zur Revitalisierung von Schaffhauser Fliessgewässern beantragt die Regierung Fristverlängerung.

Insgesamt waren Ende 2009 9 vom Kantonsrat für erheblich erklärte Motionen, 1 Volksmotion sowie 19 erheblich erklärte Postulate hängig.

Intervention bei BAKOM wegen Schaffhauser Programmfenster

Der Regierungsrat hat beim Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) bezüglich des von Tele Top produzierten Schaffhauser Programmfensters interveniert. Die Regierung zeigt sich nicht zufrieden mit dem aktuellen Zustand. Das mit Konzessionsgeldern unterstützte Fernsehen Tele Top produziert zurzeit ein Schaffhauser Programmfenster, das nicht den Bestimmungen der Konzession und den eigenen Angaben im Konzessionsgesuch entspricht. Entsprechend fordert der Regierungsrat das BAKOM als Konzessionsbehörde auf, gegenüber Tele Top die Einhaltung der Konzessionsbestimmungen und der von Tele Top selbst gemachten Zusicherungen durchzusetzen.

Regierung begrüsst Aarhus-Konvention und Änderung Umweltschutzgesetz

Der Regierungsrat stimmt der Genehmigung der Aarhus-Konvention und der damit zusammenhängenden Änderung des Umweltschutzgesetzes zu, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation festhält. Bei der von der Schweiz unterzeichneten Aarhus-Konvention geht es um den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten im Umweltbereich. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, jedermann ein Recht auf Zugang zu Umweltinformationen zu gewähren, ohne dass ein bestimmtes Interesse vorliegen muss. Weiter sind bei umweltrelevanten Entscheiden den direkt Betroffenen Parteirechte zu gewähren und die Öffentlichkeit angemessen zu beteiligen. Schliesslich müssen die Vertragsparteien für die Durchsetzung der Rechte der Konvention ein Überprüfungsverfahren vor Gericht vorsehen. Die Genehmigung der Aarhus-Konvention und die Änderungen des Umweltschutzgesetzes führen zu keinen Anpassungen im kantonalen Recht.

Personelles

Der Regierungsrat hat Prof. Dr. Meja Kölliker Funk, Zürich, auf den 1. August 2010 als neue Leiterin der Abteilung Schulische Abklärung und Beratung im Erziehungsdepartement angestellt. Die 56-jährige Meja Kölliker Funk ersetzt den altershalber zurücktretenden Roland Achermann.

Schaffhausen, 16. Februar 2010
bis und mit Nr. 7/2010
7/2010

Staatskanzlei Schaffhausen